



LOKALE BEILAGE FÜR MARZAHN-HELLERSDORF



Seite 2

VERDICHTUNG



Seite 3

RUTSCHPARTIE



Seite 4

Alternative für Deutschland: Für immer mehr Menschen die zu wählende Alternative

Die finanzielle Vernachlässigung unseres Bildungs- und Gesundheitssystems, der Infrastruktur ... also unseres ganzen Landes, bei gleichzeitig steigenden Preisen in allen Lebensbereichen, und noch dazu die Stagnation der Wirtschaft – all das macht uns

Bürgern gerade richtig Probleme. Doch diese Probleme entstehen größtenteils aus ideologischen und politischen Gründen wie zum Beispiel die uneffektive Energiewende und maßlose Neuverschuldung. Ein weiterer Grund ist, dass riesige Geldmengen in andere Länder „verteilt“ werden, die hier dringend gebraucht würden. Glücklicherweise werden immer mehr Menschen diese Zusammenhänge klar. Auch, dass diese Probleme nicht von den Parteien gelöst werden können

oder wollen, die sie selbst herbeigeführt haben.

Die AfD hat ein klares Ziel. Der Konsens unseres Parteiprogramms ist:

Endlich wieder Politik für die Bürger und für Deutschland zu machen.

Wird auch Zeit.

Jörn Geißler
Bezirksverordneter



AKTUELLE UMFRAGE ZUR BUNDESTAGSWAHL

Wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre, wen würden Sie wählen?

AFD ERSTMALS AUF PLATZ 1!

— ZDF-Politbarometer • April 2024 —



REGIERUNG AM TIEF-PUNKT!

LINKSRUCK AUSGEBREMST!

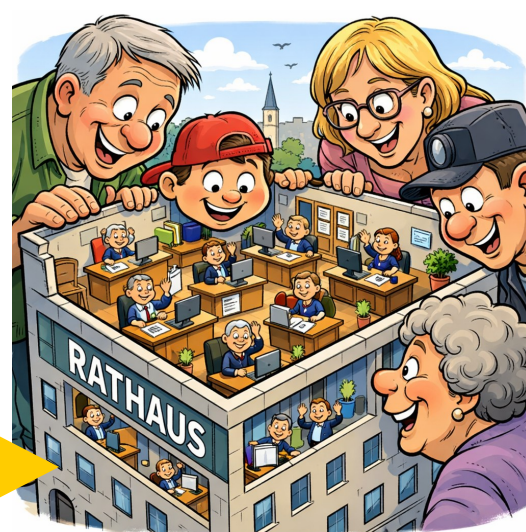
FDP AM ABSTURZ!

TAG DES OFFENEN RATHAUSES

Am 30. Mai 2026 von 10-15 Uhr
Alice-Salomon-Platz 3,
12627 Berlin
(direkt am U-Bahnhof Hellersdorf)

Sprechen Sie mit Mitgliedern unserer Bezirksfraktion und Vertretern unserer Partei!

Schaun'se doch mal rein!





Unsere direkt gewählte Abgeordnete: **Jeannette Auricht**

Armutsbericht Berlin 2026:

Kiziltepe beklagt die Trümmer – während die regierende CDU das Hündchen an der SPD-Leine spielt



Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) präsentiert betroffen den Armutsbericht 2026: Jeder fünfte Berliner ist armutsgefährdet, die Schere klafft, ganze Stadtteile versinken in Abhängigkeit. „Eine Herausforderung“, klagt sie, „wir müssen die soziale Infrastruktur stärken.“ Übersetzt: Noch mehr Steuergeld, noch mehr Umverteilung, noch mehr Staat. Dass ausgerechnet sie die Zustände beklagt, die sie selbst maßgeblich verur-

sacht hat, ist dreist. Jahrelange Befürwortung der Armuts- einwanderung, Wirtschaftsfeindlichkeit, Klimawahn und Umverteilungsphantasien – das Rezept, mit dem Berlin in die Armutsfalle getrieben wurde.

Der eigentliche Skandal: Die **CDU ist seit 2023 die regierende Partei**. Sie trägt die Verantwortung im Roten Rathaus. Doch statt zu korrigieren, hält sie brav die Leine, an der die SPD sie führt. Kiziltepe bleibt Sozialsenatorin und macht ungestört weiter.

Die Energiepreise explodieren durch den schwarz-roten Klimawahn – CO₂-Steuer, Netzentgelte, Abgaben. 2026 arbeiten Geringverdiener und Pendler fast nur noch, um zur Arbeit zu kommen. Arbeit lohnt sich nicht mehr. Wer trotzdem aufsteht und weitermacht, statt in die soziale Hängematte zu gehen, wird bestraft. Die Faulen werden belohnt. Die regierende CDU schaut zu. Statt Einwanderung zu stoppen, Energiepreise zu senken oder die Umvertei-

lungssorgie zu beenden, lässt sie alles weiterlaufen. Reiche enteignen, Vermögen umverteilen – während die Produktiven flüchten und die Abhängigen zunehmen. Vorsicht, CDU: Wenn ihr an eurer Brandmauer festhaltet, regieren ab September 2026 wieder die ganz Linken – ohne euch. Dann war's das mit dem schwarzen Lack.

Der Armutsbericht 2026 ist der Offenbarungseid einer regierenden CDU, die lieber das Hündchen

der SPD spielt, statt Berlin zu retten. Die fleißigen Berliner, die noch arbeiten und Steuern zahlen, werden verraten – von einer SPD, die das Elend herbeiführt, und einer CDU, die es duldet.



Berlin hat etwas Besseres verdient!

Ihre
Jeannette Auricht



Jeannette Auricht MdB

Ihre direkt gewählte Abgeordnete für
Hellersdorf
Telefon: 030 / 76239809
Email: auricht@afd-fraktion.berlin
Internet: www.jeannette-auricht.de
Sprechstunden nach vorheriger
Vereinbarung.



Unser direkt gewählter Abgeordneter: **Gunnar Lindemann**

Wir wollen die Lebensqualität in Marzahn erhalten!



In Marzahn stehen derzeit zwei große Verdichtungsprojekte im Fokus der Stadtplanung: der Neubau an der Hohensaatener Straße sowie die geplante Bebauung des Geländes am Tal-Center. Beide Projekte werden von der Bezirks- und Landespolitik als notwendiger Beitrag zur Schaffung neuen Wohnraums dargestellt. Doch viele Anwohner fragen sich zu Recht, ob dabei die Interessen der Menschen vor Ort ausreichend berücksichtigt werden.

An der Hohensaatener Straße sollen nach den derzeitigen Planungen rund 375 neue Wohnungen entstehen. Besonders brisant ist dabei, dass etwa 50 Prozent dieser Wohnungen mietpreis- und belegungsgebunden, also Sozialwohnungen mit Wohnberechtigungsschein, sein sollen. Gleichzeitig sind auf dem Gelände lediglich rund 60 PKW-Stellplätze vorgesehen. Das bedeutet im Klartext: Hunderte zusätzliche Bewohner, aber nur eine sehr begrenzte Anzahl an Parkmöglichkeiten. Schon heute klagen viele Anwohner darüber, dass sie abends kaum noch einen Parkplatz finden. Diese Situation wird sich durch die Neubauten weiter verschärfen.

Noch größer ist das geplante Bauvorhaben am Tal-Center in Marzahn.

Dort sollen nach aktuellen Planungen etwa 600 neue Wohnungen entstehen. Damit kommen in kurzer Zeit sehr viele neue Bewohner in ein Gebiet, dessen Infrastruktur schon jetzt stark ausgelastet ist. Arztpraxen sind oft überfüllt, Termine schwer zu bekommen, und auch die Nahversorgung mit Supermärkten und anderen Geschäften ist stark beansprucht.

Hinzu kommen weitere Probleme, die von der Politik gern ausgeblendet werden. Große Neubauten bedeuten zwangsläufig mehr Lärm durch zusätzliche Bewohner, mehr Verkehr und mehr Nutzung der umliegenden Flächen. Gleichzeitig führen die geplanten Gebäude zu einer erheblichen Verschattung der bestehenden Wohnhäuser. Viele Anwohner müssen damit



rechnen, künftig deutlich weniger Sonnenlicht in ihren Wohnungen zu haben.

Besonders kritisch ist auch der Umgang mit den vorhandenen Freiflächen. Die ursprüngliche Stadtplanung der DDR sah in Marzahn bewusst

großzügige Abstände zwischen den Wohngebäuden sowie große Grün- und Freiflächen vor. Diese sollten den Bewohnern Luft, Licht und Lebensqualität bieten. Genau diese Strukturen werden nun zunehmend zerstört, indem immer weitere Gebäude in die vorhandenen Zwischenräume gesetzt werden. Die gewachsene Struktur der Wohngebiete wird dadurch ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der bestehenden Bevölkerung verändert.

Ein weiterer Punkt ist, dass ein erheblicher Teil der neuen Sozialwohnungen voraussichtlich auch an Migranten vergeben wird. Gleichzeitig leben in Berlin derzeit rund 19.000 ausreisepflichtige Asylbewerber. Würde das geltende Recht konsequent umgesetzt und diese Personen tatsächlich abgeschoben, wäre der Druck auf den Wohnungsmarkt deutlich geringer. Dann müsste man nicht immer neue Verdichtungsprojekte in Bezirken wie Marzahn vorantreiben.

Die Verantwortung für diese Entwicklung liegt nicht allein bei der Partei Die Linke, die während ihrer Regierungszeit im Bezirk Marzahn-Hellersdorf viele der planerischen Grundlagen geschaffen hat. Entscheidend ist auch, dass die CDU sowohl im Bezirk als auch im Berliner Senat diese Politik heute nahezu vollständig umsetzt.

Wenn die Altparteien, insbesondere Die LINKE und die CDU heute vorge-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Gunnar N. Lindemann MdB

Ihr direkt gewählter Abgeordneter für Marzahn.
Telefon: 030 / 52686873
Email: afd.buero.lindemann@gmail.com
Internet: www.gunnar-lindemann.de
Sprechstunden nach vorheriger Vereinbarung.

Jeden Montag um 18 Uhr Online-Sprechstunde auf YouTube. Scannen Sie den QR-Code, der Sie zum YouTube Kanal führt. Ich freue mich auf die Diskussion mit Ihnen.



Unsere Fraktion in der BVV

Winterdienst-Chaos in Marzahn-Hellersdorf: CDU-Senat und Bezirksamt versagen auf ganzer Linie

Winterdienst-Chaos in Marzahn-Hellersdorf: CDU-Senat und Bezirksamt versagen auf ganzer Linie

Der vergangene Winter hat in Marzahn-Hellersdorf ein erschreckendes Bild der organisatorischen Zustände im CDU-geführten Berliner Senat und im ebenfalls CDU-geführten Bezirksamt offenbart. Statt für sichere Straßen und Gehwege zu sorgen, mussten die Bürger über Wochen hinweg ein chaotisches und widersprüchliches Vorgehen beim Winterdienst erleben.

Zunächst wurde bei Glätte über längere Zeit nahezu ausschließlich Splitt gestreut. Diese Maßnahme erwies sich vielerorts als völlig unzureichend. Gehwege blieben glatt, Straßen gefährlich, und die Zahl der Stürze und Personenunfälle nahm spürbar zu. Während die Bürger täglich mit den Folgen dieser verfehlten Politik konfrontiert waren, blieb ein entschlossenes Handeln der Verantwortlichen aus.

Erst nachdem sich die Situation immer weiter zuspitzte und die Unfallzahlen anstiegen, griffen die Verantwortlichen kurzfristig doch zum Streusalz, um besonders gefährliche Stellen zu sichern. Doch anstatt diese Maßnahme konsequent fortzuführen, wurde der

auf ganzer Linie



Salzeinsatz nach wenigen Tagen wieder untersagt. Damit begann das gleiche Spiel von vorn: wieder Splitt, wieder gefährliche Straßenverhältnisse.

Für die AfD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf ist dieses Hin und Her ein deutliches Zeichen für politisches und organisatorisches Versagen. Während die Verantwortlichen offenbar nicht in

der Lage sind, eine klare und funktionierende Strategie für den Winterdienst zu entwickeln, müssen die Bürger die Konsequenzen tragen.

Hinzu kommt ein weiteres Ärgernis: Noch Wochen nach dem Ende der stärksten Frostperiode liegt der ausgebrachte Splitt vielerorts weiterhin auf Straßen und Gehwegen. Anstatt ihn zeitnah zu beseitigen, lassen Senat und Bezirksamt die Situation einfach weiterlaufen. Der Splitt verschmutzt die Straßen, beschädigt Fahrzeuge und stellt teilweise selbst eine zusätzliche Gefahrenquelle dar.

Die AfD-Fraktion fordert deshalb klare Konsequenzen. Senat und Bezirksamt müssen endlich dafür sorgen, dass der Winterdienst zuverlässig organisiert wird. Die Bürger von Marzahn-Hellersdorf haben ein Recht auf sichere Straßen und Gehwege – und nicht auf ein solches Verwaltungschaos.



Martin Koblischke

(Fortsetzung von Seite 3)

ben, auf der Seite der Bürger zu stehen, hat das mit der Realität nichts zu tun. Nur ein Beispiel von Vielen: Der AfD-Antrag eine Veränderungssperre in der Hohensaatener Str. anzuordnen, wurde in der Bezirksverordnetenversammlung von allen anderen Parteien abgelehnt. Lassen Sie sich nicht täuschen. Die Altparteien wollen Ihre Wohngebiete verdichten. Ohne Rück-

sicht auf Infrastruktur, Nahversorgung, Sicherheit und Lebensqualität. Für die AfD ist klar: Neubau darf nicht gegen die Interessen der bestehenden Bevölkerung erfolgen. Bevor hunderte neue Wohnungen gebaut werden, müssen zuerst ausreichende Parkplätze, eine funktionierende Nahversorgung, genügend Arztpraxen und eine tragfähige Infrastruktur geschaffen werden.

Solange diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, stellt sich die AfD gegen diese Vorhaben. Denn eines darf aus unserer Sicht nicht passieren: dass die Lebensqualität der Marzahner Bürger durch eine rücksichtslose Verdichtungspolitik weiter sinkt.

Gunnar Lindemann MdB

Impressum Lokalteil:
AfD Alternative für Deutschland
Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf
Eichhorster Weg 80, 13435 Berlin
marzahn-hellersdorf@afd.berlin

Telefon: +49 (0) 30 220 56 96 22
Handy: +49 (0) 157 864 22 444
V.i.S.d.P.: Gunnar Lindemann

Quellennachweis: eigene, pixabay



Fraktion der AfD in der BVV von
Marzahn-Hellersdorf
Premnitzer Straße 13, 12681 Berlin
email@afd-fraktion-mahe.de
Telefon: 030 90293 5832



BLAUER BOTE Marzahn - Hellersdorf

